

229 Wir wollen die Lebenssituation der Menschen wesentlich verbessern, indem wir
230 Arbeitsplätze in die ländlichen Räume verlagern, für eine gesicherte medizinische
231 Betreuung, für eine moderne Digitalinfrastruktur sowie für Mobilität unabhängig
232 vom eigenen Fahrzeug sorgen. Die Verfügbarkeit von elementaren Leistungen wie
233 der Lebensmittelversorgung, Post- und Bankdienstleistungen sind gleichfalls
234 Bestandteil unseres Paketes.

235

236 • **Sozialer Zusammenhalt und gelungene Integration:** Mit dem „Sozialbudget
237 2025“ knüpfen wir das soziale Netz noch enger und unterstützen verlässlich die
238 vielen Initiativen, Vereine und Verbände, die sich für die Teilhabe aller an unserer
239 Gesellschaft einsetzen. Durch die Erhöhung der Mittel für die Gemeinwesenarbeit
240 in sozialen Brennpunkten sorgen wir dafür, dass Unterstützung und Förderung
241 auch tatsächlich bei den Menschen ankommen. Mit dem Hessenpass ermöglichen
242 wir den ermäßigten oder kostenlosen Eintritt für Menschen mit keinem oder
243 geringem Einkommen zu öffentlichen Kultur- und Freizeitangeboten. Den positiven
244 Ansätzen aus den „Aktionsplänen zur Integration von Flüchtlingen und für den
245 gesellschaftlichen Zusammenhalt“ sowie dem Integrationsplan wollen wir durch ein
246 **Integrationsgesetz einen institutionellen Rahmen geben. Unter der Überschrift**
247 **„Deutsch für alle“ wollen wir die Sprachkurse des Landes für weitere**
248 **Personengruppen öffnen.**

249

250 • **Sicherheit und Ordnung:** Wir stärken weiter die Sicherheit in unserem Land.
251 Dafür wird die hessische Justiz und die hessische Polizei personell und sachlich
252 ausgebaut und mit weiteren rechtlichen Möglichkeiten ausgestattet. 750
253 zusätzliche Vollzugsstellen, unter anderem für den „Schutzmann vor Ort“, mehr
254 Verwaltungsfachkräfte und mehr Wachpolizei schaffen spürbar mehr Präsenz
255 unserer Sicherheitskräfte. Mit einer weiteren Ausstattungsoffensive bringen wir die
256 hessische Polizei technisch auf ein noch höheres Niveau und geben ihr außerdem
257 auch zukünftig die nötigen rechtlichen Möglichkeiten, um die Sicherheit in Hessen
258 zu gewährleisten. Dazu gehören unter anderem das IP-Tracking und der Ausbau
259 der Videoüberwachung an besonderen Gefahrenorten. Wir schützen diejenigen,
260 die uns schützen. Deswegen ahnden wir Angriffe auf unsere Einsatzkräfte
261 konsequent und weiten den besonderen Schutz auch auf deren Familien aus. Mit
262 einem Versammlungsfreiheitsgesetz wollen wir die friedliche Demonstrationskultur
263 in Hessen weiter stärken. Die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes
264 bauen wir aus.

265 Hate-Speech treten wir konsequent entgegen, stärken die Arbeit des
266 Demokratiezentriums und schaffen ein „Netzwerk Prävention“. Extremisten
267 jedweder Art treffen in Hessen auf unseren erbitterten Widerstand.

268 **Wir stehen für Humanität und Ordnung in der Flüchtlingspolitik mit zügigen und**
269 **rechtsstaatlichen Verfahren. Mit der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen haben wir**
270 **eine bundesweit vorbildliche Einrichtung in Hessen. Humanität in der**
271 **Flüchtlingspolitik bedeutet für uns u.a. die unabhängige Rechtsberatung in der**
272 **Erstaufnahmeeinrichtung des Landes finanziell zu fördern, eine Altfallregelung für**
273 **lange hier lebende Flüchtlinge auf den Weg zu bringen und den Schulbesuch für**
274 **Kinder in der Erstaufnahmeeinrichtung frühzeitig zu ermöglichen. Zur Ordnung**
275 **gehört, dass Flüchtlinge, bei denen durch ihr individuelles Verhalten erhebliche**
276 **Zweifel an ihrer Integrationswilligkeit bestehen, in einer Landeseinrichtung**
277 **verbleiben oder erneut dort untergebracht werden. Abgelehnte Asylbewerberinnen**
278 **und -bewerber ohne Bleibeperspektive müssen unser Land schnellstmöglich**
279 **wieder verlassen.**

331 begleiten und insbesondere dafür sorgen, dass auch kleine und mittlere
332 Unternehmen nicht von der Entwicklung abgehängt werden. Digitalisierung
333 bedeutet aber auch, die informationelle Selbstbestimmung der Menschen zu
334 sichern, den Datenschutz zu stärken und Verbraucherrechte auch online zu
335 gewährleisten.
336

337 • **Wirtschaft:** Hessen ist ein wirtschaftsstarkes Land und soll es bleiben. Mit kluger
338 Standortpolitik werden wir die ökonomischen, sozialen und ökologischen
339 Herausforderungen bewältigen und die Voraussetzungen für zukunftsfähige
340 Arbeitsplätze schaffen. Handwerk und Mittelstand werden wir dazu weiter stärken:
341 Von der Förderung der Dualen Ausbildung über den Abbau unnötiger Bürokratie
342 bis zur Vereinfachung des Vergaberechts. Im neuen „Hessischen Industrietrichter“
343 sollen Konzepte zur Zukunft des Industriestandorts Hessen erarbeitet werden.
344 Die Kompetenzcluster in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Pharma, Chemie,
345 Automobil, Luft- und Raumfahrt, Maschinenbau und Werkstoff sind wesentliche
346 Säulen unseres Wohlstandes. Wir wollen die Bedingungen für Unternehmen
347 verbessern, mit weniger Ressourcenverbrauch mehr zu leisten und zu produzieren.
348 Unternehmensgründungen wollen wir weiter fördern und die Start-up-Initiative
349 Hessen landesweit umsetzen. Mit einem Wachstumsfonds für Wagniskapital und
350 Gründerstipendien machen wir Hessen zum Zentrum für Innovation und
351 Entwicklung.

352 Die vielfältigen Maßnahmen zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft
353 wollen wir intensivieren, beispielsweise mit einer neuen „Indie-Games-Messe“. **Das**
354 **Ausbildungsprogramm „Wirtschaft integriert“ wollen wir fortsetzen, um die**
355 **Ausbildung von Flüchtlingen weiter zu fördern. Menschen, die berufstätig sind, aber**
356 **keinen formalen Berufsabschluss erworben haben, wollen wir einen Weg bieten,**
357 **diesen nachzuholen.**
358

359 • **Klimaschutz, Naturschutz und Umweltschutz:** Wir wollen das Klima stärker
360 schützen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Der Klimaschutzplan
361 2025 wird mit einem neuen Zwischenziel für 2030 weiterentwickelt. Bis 2030 wollen
362 wir 55% weniger Treibhausgasemissionen erreichen. Wir nehmen 10% des
363 Staatswaldes aus der wirtschaftlichen Nutzung und sichern besonders wertvolle
364 Gebiete als Naturwälder und überlassen sie damit dauerhaft ihrer natürlichen
365 Entwicklung. Den Nationalpark Kellerwald-Edersee werden wir im Einvernehmen
366 mit der Region um die Nordhänge des Edersees erweitern und das „Grüne Band“
367 als nationales Naturmonument ausweisen. Mit einem Programm „100 Wilde Bäche“
368 wollen wir Bäche von der Quelle bis zur Mündung renaturieren.
369 Grundwasserschutz ist Lebensschutz, wir vermindern die Einträge nachhaltig –
370 durch Verringerungen von Pestiziden oder Einträgen von Industrie sowie durch
371 Verbesserungen von Kläranlagen.
372

373 • **Verkehrs- und Energiewende:** Wir machen Mobilität für jeden Einzelnen
374 einfacher und umweltschonender, ohne die verschiedenen Verkehrsarten
375 gegeneinander auszuspielen. Wir werden Flatratetickets für Bus und Bahn
376 ausweiten und den öffentlichen Personennahverkehr stärken. Für den Erhalt und
377 Ausbau der Landesstraßen und den Bau von Radwegen werden wir so viel Mittel
378 wie nie einsetzen. E-Mobilität werden wir fördern und zugleich die Energiewende
379 zusammen mit Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern fortsetzen.
380 Ökonomie und Ökologie gehören für uns zusammen. Wir werden ein Photovoltaik-
381 Paket auflegen und einen neuen Schwerpunkt auf Energieeffizienz

1059 **Integration gestalten, Schutzsuchenden helfen**

1060

1061 Hessen ist ein Land, das von Vielfalt und Weltoffenheit geprägt ist. Seit vielen
1062 Generationen haben Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur in Hessen ihre
1063 Heimat gefunden. Heute leben hier Menschen aus rund 200 Nationen und damit fast
1064 allen Ländern der Welt. Fast ein Drittel aller hier lebenden Menschen hat einen
1065 sogenannten Migrationshintergrund – d.h. sie selbst oder mindestens ein Elternteil hat
1066 seine Wurzeln außerhalb Deutschlands. Damit ist der Anteil von Menschen mit
1067 Migrationshintergrund im Vergleich aller deutschen Flächenländer bei uns am
1068 höchsten.

1069 Die Gründe und Wege, die Menschen nach Hessen geführt haben und führen sind
1070 vielfältig und letztlich so unterschiedlich wie die Menschen selbst. Für uns ist diese
1071 Vielfalt eine Bereicherung, deren Entfaltung wir fördern wollen.

1072 Integration ist für uns kein Nischenthema. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche
1073 Querschnittsaufgabe, die alle betrifft und an der alle mitwirken müssen. Ziel ist es,
1074 Zugewanderte und ihre Familien in das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben zu
1075 integrieren und ihnen gleiche Bildungs- und Berufschancen zu ermöglichen.
1076 Voraussetzung hierfür ist, dass Zugewanderte und ihre Familien sich mit ihren
1077 Fähigkeiten und Potentialen für ihre Teilhabe einsetzen und Integrationsangebote
1078 annehmen. Dabei sind für uns das Grundgesetz, der wechselseitige Respekt vor dem
1079 Anderssein und die Akzeptanz der Vielfalt unserer Gesellschaft zentrale Grundlagen
1080 unseres Zusammenlebens.

1081 Wir sind uns im Klaren darüber, dass Integration kein Selbstläufer ist, sondern ein
1082 stetiger, auch herausfordernder Prozess, der es notwendig macht, immer wieder
1083 aufeinander zuzugehen und sich mit dem Gegenüber auseinanderzusetzen.
1084 Integration ist keine Einbahnstraße.

1085 Dieser Austausch gehört zu den ersten Schritten auf dem gemeinsamen Weg zur
1086 Gestaltung einer friedlichen Gesellschaft. Dabei kommt es nicht darauf an, woher
1087 jemand kommt. Und es bedarf der Bereitschaft jedes Einzelnen, sich auf
1088 Veränderungen einzulassen. Mit unserer hessischen Integrationspolitik wollen wir
1089 dazu beitragen. Wir werden einen Fokus unserer Integrationspolitik auf Geflüchtete
1090 legen, die voraussichtlich längerfristig in Hessen leben werden, um den
1091 schutzsuchenden Menschen frühestmöglich Wege zur gesellschaftlichen Teilhabe
1092 aufzuzeigen. Wir stehen für einen Integrationsprozess von Anfang an.

1093

1094 **Ein Hessisches Integrationsgesetz für gesellschaftliche Querschnittsaufgaben**

1095

1096 In allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens spielt Integration eine
1097 Rolle. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass das für Integration zuständige
1098 Ministerium durch die Koordination integrationsrelevanter Maßnahmen der
1099 verschiedenen Ressorts eine „hessische Integrationspolitik aus einem Guss“ sichern
1100 kann.

1101 Mit einem Hessischen Integrationsgesetz wollen wir einen verbindlichen Rahmen
1102 schaffen, um die Rechte und Pflichten des Landes und der Einwandernden zu
1103 definieren und die laufenden Maßnahmen strukturell zu verankern.

1104 Unser Verständnis von Integrationspolitik beruht auf den Aktionsplänen zur Integration
1105 von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und dem
1106 Integrationsplan. Der Integrationsplan wird auch künftig gemeinsam mit der
1107 Integrationskonferenz fortgeschrieben und hält fest, welche Erwartungen an die
1108 Aufnahmegesellschaft und die Einwandernden in einer Migrationsgesellschaft gestellt
1109 werden.

1110 Die Arbeit des Hessischen Asylkonvents war die richtige Antwort auf die damals
1111 vorherrschenden Herausforderungen. Für die aktuellen Bedürfnisse und Aufgaben
1112 werden wir prüfen, wie wir das konstruktive Zusammenwirken der Teilnehmer des
1113 Asylkonvents künftig inhaltlich und organisatorisch mit bestehenden Strukturen
1114 verzahnen können.

1115 Die Fachgruppe Integration des Hessischen Asylkonvents, der Integrationsbeirat und
1116 die Integrationskonferenz werden in geeigneter Weise zusammengeführt, um die
1117 Arbeit noch effektiver zu gestalten.

1118

1119 ***Deutsch für alle***

1120

1121 Sprache ist der entscheidende Schlüssel zur Integration. Sich miteinander
1122 verständigen zu können, ist die Voraussetzung für die Teilhabe an unserer
1123 Gesellschaft, baut Barrieren, Ängste sowie Unsicherheiten ab und überwindet im
1124 wahrsten Sinne des Wortes Sprachlosigkeit zwischen zugewanderten und
1125 einheimischen Menschen. Daher halten wir für alle Migrantinnen und Migranten ein
1126 möglichst frühes Erlernen der deutschen Sprache für sinnvoll. Auch schon seit vielen
1127 Jahren hier lebende Migrantinnen und Migranten haben teilweise weiterhin
1128 Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Daher setzen wir uns auf Bundesebene
1129 für eine Öffnung der Deutschkurse für alle Migrantinnen und Migranten ein -
1130 unabhängig davon, wie lange sie voraussichtlich in unserem Land bleiben werden oder
1131 wie lange sie schon hier sind. Bis zu einer bundesweiten Lösung werden wir die
1132 Sprachkurse in Verantwortung des Landes in diesem Sinne und im Rahmen dessen,
1133 was ein Bundesland leisten kann, ausweiten.

1134

1135 ***Stärkung von Programmen und Institutionen für Integration***

1136

1137 Das Landesprogramm WIR werden wir weiterentwickeln. Wir werden prüfen, wie wir
1138 von der Projektförderung hin zu einer Regelförderung bei erfolgreichen Projekten
1139 kommen können, damit Strukturen vor Ort langfristig gestärkt werden. Wir werden die
1140 WIR Koordinationsstellen und die WIR Fallmanagerstellen zu Integrationszentren
1141 weiterentwickeln. Dazu werden wir Zielvereinbarungen mit den Kommunen schließen,
1142 um die bestehende Partnerschaft zwischen Land und Kommunen in der
1143 Integrationspolitik zu stärken und auszubauen.

1144 Die Interkulturelle Öffnung von Institutionen und der Verwaltung als
1145 ressortübergreifende Aufgabenstellung ist ein wichtiger Baustein, um die zunehmende
1146 Vielfalt unserer Gesellschaft abzubilden und zu gestalten. Dazu gehören
1147 Anerkennung, Wertschätzung, Offenheit und Gleichbehandlung der Mitarbeiterinnen
1148 und Mitarbeiter untereinander, aber auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.
1149 Wir werden die Aktivitäten in den begonnenen drei Handlungsfeldern - Erhöhung des
1150 Beschäftigtenanteils mit Migrationshintergrund, Aus- und Fortbildung der
1151 Beschäftigten in interkultureller Kompetenz und Sicherstellung des Mitdenkens der
1152 Vielfalt der Bevölkerung bei allen Entscheidungen - fortsetzen und durch ein aktives
1153 Diversitymanagement weiterentwickeln.

1154

1155 ***Für die Möglichkeit der Einbürgerung werben***

1156

1157 In Landesverantwortung wollen wir verstärkt für die Möglichkeit der Einbürgerung
1158 werben und deshalb unsere Einbürgerungskampagne intensivieren. Die Tätigkeit der
1159 Integrationslotsinnen und -lotsen des Landes soll künftig auch das Werben um
1160 Einbürgerung beinhalten.

1161 Wir werden die Programme „Wirtschaft integriert“ und „Sozialwirtschaft integriert“
1162 fortsetzen und ausbauen. Wir werden uns noch intensiver der Aufgabe widmen, dass
1163 verstärkt Mädchen und Frauen an den verschiedenen Integrationsprogrammen
1164 teilnehmen. Hier ist auch denkbar, spezifische Angebote für diese Zielgruppe zu
1165 entwickeln.

1166 Wir wollen die politische Beteiligung der hier lebenden Ausländer verbessern. Dafür
1167 werden wir in einen Dialog mit den betreffenden Organisationen (beispielsweise-agah)
1168 und Kommunen treten.

1169 Wir wollen dafür sorgen, dass auch Eingewanderte aus den Gebieten der ehemaligen
1170 Sowjetunion Anspruch auf die Teilnahme an den bestehenden
1171 Integrationsprogrammen des Landes haben. Dafür ist denkbar, die
1172 Rechtsstaatsklassen zu öffnen, die Ehrenamtsförderung mit einer Wertediskussion zu
1173 verbinden, die Arbeits- und Ausbildungsprogramme des Landes auch auf
1174 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler auszurichten und die Anerkennung von
1175 Berufswegen zu verbessern.

1176 Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt hessischer Asyl- und
1177 Flüchtlingspolitik. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Hessen eine
1178 humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden. Das Land Hessen wird
1179 sicherstellen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und ihnen
1180 ausreichend Angebote der Information, Beratung und Förderung zur beruflichen
1181 Integration gemacht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Asyl und
1182 der Flüchtlingsschutz in Hessen transparent und fair umgesetzt werden. Dabei wollen
1183 wir besonders zivilgesellschaftliche Kräfte stärken.

1184 Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm für eine Gruppe Schutzsuchender mit
1185 hoher Vulnerabilität auflegen und orientieren uns hier an den Programmen anderer
1186 Bundesländer.

1187 Wir wollen das bestehende Übergangsmanagement so optimieren, dass es eine enge
1188 Verzahnung der Erstaufnahmeeinrichtungen und der kommunalen Strukturen, wie die
1189 WIR-Integrationszentren, sicherstellt.

1190 Viele Geflüchtete und Asylsuchende kommen aus Notsituationen mit der Hoffnung auf
1191 ein sicheres und gutes Leben zu uns – oft ohne bzw. unzureichende Kenntnisse und
1192 klare Vorstellungen über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in
1193 unserem Land. Wir wollen deshalb aktiv diesen Gruppen unsere Demokratie und ihre
1194 Regeln näherbringen. Wir wollen diese Gruppen nicht nur informieren, sondern auch
1195 unterstützen, damit sie sich zukünftig in unserem Rechtssystem gut zurechtfinden.
1196 Angebote zur Informationsgewinnung und Aufklärung wollen wir im schulischen
1197 Kontext bzw. in Integrationskursen oder in Form der bestehenden
1198 Rechtsstaatsklassen ausbauen.

1199 Wir werden weiterhin das ehrenamtliche Engagement von Freiwilligen in der
1200 Flüchtlings- und Integrationsarbeit stärken und Selbstvertretungsorganisationen von
1201 Migrantinnen und Migranten stärken.

1202 Wir wollen die vier Psychosozialen Zentren weiter fördern, da diese ein wichtiger
1203 Baustein der Integration für Personen mit Fluchterfahrung in Verbindung mit möglichen
1204 Traumatisierungen sind. Hierbei werden wir die Ergebnisse der laufenden
1205 begleitenden Studie des Sigmund-Freud-Institutes berücksichtigen.

1206 Bei unbegleitet minderjährigen Ausländern kehren wir zu dem Verfahren zur Aufnahme
1207 und Altersfeststellung von vor Oktober 2015 zurück, in dem zwei
1208 Schwerpunktjugendämter (Frankfurt und Gießen) die Inobhutnahme und das weitere
1209 Verfahren vorgenommen haben.

1210 Wir wollen dafür sorgen, dass in Hessen die 3 + 2 Regelung auch auf Alten- und
1211 Krankenpflegeberufe sowie auf weitere Mangelberufe erweitert werden kann und die
1212 Förderlücke für nicht anerkannte Auszubildende geschlossen wird.
1213 Um junge volljährige unbegleitete Flüchtlinge bei ihrem Weg in ein selbstständiges
1214 Leben zu unterstützen, werden wir ein Patenschaftsprogramm auflegen (Modell
1215 Jugendhilfeverein Antoniusheim GmbH Wiesbaden) und gemeinsam mit der
1216 Landesehrenamtsagentur ein Konzept erarbeiten, wie die Paten unterstützt werden.
1217
1218
1219

1269 **Akzeptanz und Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten**

1270

1271 Wir sorgen dafür, dass in Hessen alle sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen
1272 Identitäten respektiert und wertgeschätzt werden. Ihre Sichtbarkeit und Akzeptanz
1273 werden wir weiterhin fördern und dafür die Arbeit der Selbstorganisationen
1274 insbesondere in der Fläche stärken. Wir werden den Aktionsplan für Akzeptanz und
1275 Vielfalt evaluieren, gemeinsam mit den Beteiligten weiterentwickeln und finanziell
1276 besser ausstatten.

1277 Die bestehenden regionalen Netzwerke für lesbische, schwule, queere, bi-, trans-, a-
1278 und intersexuelle Menschen (LSBT*IQ) werden wir fortführen und weiterentwickeln.
1279 Wir werden die Peer-Beratung für Trans* in die Arbeit der Netzwerkstellen integrieren
1280 und dafür ein eigenes Budget bereitstellen. Die erfolgreiche Arbeit im LSBT*IQ-Bereich
1281 werden wir durch Veranstaltungen und intensive Öffentlichkeitsarbeit stärken und für
1282 mehr Sichtbarkeit durch Vergabe eines Preises (beispielsweise für couragierte
1283 Lesben) sorgen. Für Jugendliche im ländlichen Raum werden wir ein eigenes Konzept
1284 zur Akzeptanz und Vielfalt erarbeiten, um diese Personengruppe besonders zu
1285 stärken. Die mit der Dokumentation und Ausstellung zu den Opfern des §175 StGB
1286 begonnene Erinnerungskultur in Hessen wollen wir ausbauen.

1287 Die Arbeit der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche
1288 Lebensweisen in den hessischen Polizeipräsidien werden wir besser honorieren und
1289 mit einem eigenen Budget versehen. Wie im Aktionsplan festgeschrieben werden wir
1290 die für diesen Bereich sensibilisierende Aus- und Weiterbildung aller
1291 Landesbediensteten fortsetzen. Wir werden prüfen, wie wir die Lehrkräfte bei der
1292 Umsetzung des Lehrplans Sexualerziehung besser unterstützen können.

1293 Die Integration LSBT*IQ-Geflüchteter werden wir weiterhin unterstützen und das
1294 Beratungsnetzwerk „Rainbow Refugee Support (RRS)“ der hessischen Aidshilfen
1295 weiter fördern. Im Bereich der Erstaufnahme wollen wir weiterhin dafür sorgen, dass
1296 für besonders vulnerable Gruppen eigene Schutzkonzepte gelten.

1297 Wir werden auch die gelebte Vielfalt im Seniorenalter stärken und für eine stärkere
1298 Sensibilisierung für deren Bedarf eintreten. Das umfasst z.B. die Möglichkeit, dass
1299 auch gleichgeschlechtliche Paare gemeinsame Zimmer in Senioren- und
1300 Pflegeheimen beziehen.

1301 Wir wollen uns im Bundesrat für ein Verbot der menschengefährdenden sog.
1302 Konversionstherapien zur „Heilung“ Homosexueller einsetzen.

1303

1304

1481 ***Politische Bildung ist das Fundament der Demokratie***

1482 Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Anerkennung gemeinsamer
1483 Grundwerte, Entscheidungsregeln und von einem respektvollen Miteinander. Wo in
1484 Zeiten des Wandels Verunsicherung wächst, politische Entscheidungsprozesse nicht
1485 mehr nachvollzogen und die Geltung des Rechts in Frage gestellt werden, ist dies ein
1486 Nährboden für Populismus, Hass und Extremismus – oft verstärken sich diese
1487 Phänomene und Verunsicherungen noch gegenseitig. Dem wollen wir uns mit aller
1488 Entschiedenheit entgegenstellen. Politische Bildung nimmt dabei eine Schlüsselrolle
1489 ein.

1490 Neben dem Schulunterricht gibt es für die historisch-politische Bildung in Hessen eine
1491 Vielzahl sehr qualifizierter Bildungsinstitutionen, Gedenkinitiativen, Erinnerungsorte
1492 und Dokumentationszentren mit reichhaltigen Informationsangeboten für alle
1493 Altersstufen. Um gerade der jungen Generation einen niedrigschwelligen Zugang zu
1494 den wichtigen Erinnerungs- und Bildungsorten, aber auch anderem kulturellen Erbe zu
1495 ermöglichen streben wir den freien Eintritt von Schülerinnen und Schülern,
1496 Studierenden und Auszubildenden in alle Grenz Museen, Gedenkstätten und
1497 Dokumentationszentren in Hessen in Abstimmung mit diesen Institutionen an. Auch
1498 werden wir weiterhin am Ziel festhalten, allen hessischen Schülerinnen und Schülern
1499 den Besuch einer NS-Gedenkstätte, insbesondere zum Kampf gegen Antisemitismus
1500 und einer Gedenkstätte der deutschen Teilung im Rahmen des Unterrichts mit
1501 entsprechender Vor- und Nachbereitung, zu ermöglichen.

1502 Gerade Zeitzeugengespräche sind ein wertvoller Schlüssel für die Geschichts- und
1503 Demokratievermittlung. Sie können jungen Menschen einen greifbareren Zugang zur
1504 Zeitgeschichte eröffnen und mit eigenen Erfahrungen authentisch den kostbaren Wert
1505 der Freiheit aufzeigen.

1506 Die NS-Gedenkstätten und die beiden Grenz Museen Point Alpha und Schiffersgrund
1507 wollen wir auch weiterhin bei ihrer Arbeit fördern und insbesondere die Entwicklung
1508 neuer Wege der Bildungsvermittlung mit digitalen Möglichkeiten anregen. Digitale
1509 Präsentationen im Netz und ihre Verknüpfung mit realen Gedenkstättenbesuchen
1510 schaffen neue Zugänge und Einsichten in ihr wichtiges Erinnerungs- und Lernangebot.
1511 Bei der vom Landeswohlfahrtsverband und dem Bund finanziell unterstützten
1512 konzeptionellen Neuausrichtung der Gedenkstätte Hadamar will sich auch das Land
1513 Hessen in angemessener Weise beteiligen.

1514 Der Standort Meisenbornweg der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen
1515 wurde 2018 geschlossen. 1946 war die Einrichtung dort als Notaufnahmeflager
1516 gegründet worden. Dieser Ort hat in dieser Zeit als Erstaufnahmestelle u.a. für
1517 Flüchtlinge, Aussiedler, Spätaussiedler oder auch heimatlose Ausländern gedient.

1518 Insbesondere in der Zeit der Deutschen Teilung und der Flüchtlings- und
1519 Migrationsbewegung im Jahr 2015 und danach hat das Notaufnahmeflager Gießen
1520 herausragende Bedeutung für Hessen und Deutschland erlangt. Um dieses Erbe als
1521 Erinnerungs- und Lernort zu erhalten, wollen wir für diese Einrichtung eine Konzeption
1522 zur Umwandlung in eine Gedenkstätte erarbeiten. Dies soll gemeinsam mit dem Bund
1523 und der Stadt Gießen geschehen. Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung
1524 in ihrer Arbeit und strategischen Ausrichtung weiter stärken, um ihre Bildungsangebote

1636 anpassen. Dabei wollen wir vor allem auch jungen Menschen für eine Ausbildung zum
1637 Engagement-Lotsen gewinnen.

1638 ***Ehrenamt in Zeiten der Digitalisierung***

1639 Der Fortschritt der Digitalisierung birgt auch Chancen für das bürgerschaftliche
1640 Engagement und kann zur Belebung des traditionellen Vereinswesens vor allem im
1641 ländlichen Raum beitragen. Vereine und Initiativen vor Ort sind aber oft überfordert,
1642 die neuen Möglichkeiten systematisch und konsequent zu nutzen. Wir wollen sie
1643 gemeinsam mit Kommunen und Unternehmen bei der Schaffung digitaler Strukturen
1644 unterstützen, um die Chancen der Digitalisierung für das Ehrenamt nutzbar zu
1645 machen. Die erfolgreiche Internetplattform „Ehrenamtssuchmaschine“ zur Vermittlung
1646 ehrenamtlicher Tätigkeiten wollen wir weiter zu einer Beteiligungsplattform ausbauen
1647 und bekannt machen.

1648 ***Freiwilliges Soziales Schuljahr auf Hessen ausweiten***

1649 Auf der Grundlage der positiven Erfahrungen aus dem Projekt „Freiwilliges Soziales
1650 Schuljahr“ des Werra-Meißner-Kreises wollen wir die Rahmenbedingungen für das
1651 ehrenamtliche Engagement junger Menschen weiterentwickeln und stärken. Im
1652 Rahmen eines Modellprojekts wollen wir die Umsetzung eines Freiwilligen Sozialen
1653 Schuljahrs auch in anderen Landkreisen fördern, um Jugendlichen gute
1654 Engagementerfahrungen zu ermöglichen. Wir wollen sie dabei unterstützen, sich nicht
1655 nur projektbezogen einzusetzen, sondern auch über einen längeren Zeitraum hinweg
1656 Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen.

1657 ***Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe fortsetzen***

1658 Seit 2016 unterstützt die Hessische Landesregierung das ehrenamtliche Engagement
1659 in der Flüchtlingshilfe mit einem auf die Bedürfnisse der kommunalen Ebene und die
1660 lokalen Rahmenbedingungen zugeschnittenen Förderprogramm. Wir werden dieses
1661 Programm mit einem stärkeren Fokus auf die Integration der geflüchteten Menschen
1662 anpassen und weiterentwickeln. Nur mit einem starken Ehrenamt werden wir auch
1663 weiterhin die Herausforderungen der Migration meistern.

1664 ***Stiftungsland Hessen weiter stärken***

1665 Stiftungen haben eine lange Tradition in Hessen und folgen in der überwiegenden
1666 Mehrzahl dem Grundgedanken, sich langfristig einem gemeinnützigen Zweck zu
1667 widmen. Sie tragen damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Hessen bei. Viele
1668 in den letzten Jahren neu gegründete Stiftungen haben durch die Entwicklungen am
1669 Kapitalmarkt mit sinkenden Erträgen zu kämpfen. Auch die vom Land vorwiegend
1670 getragenen Stiftungen sind auf stärkere Zuwendungen und Zustiftungen angewiesen.
1671 Um mehr Menschen zu motivieren, einen Teil ihres Vermögens dauerhaft für das
1672 Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen, wollen wir gemeinsam mit den Akteuren auf
1673 Bundes- und Landesebene Modelle entwickeln, im Sinne der Stifterinnen und Stifter
1674 handlungsfähig zu bleiben.

1675

1676 **Hessen ist Sportland**

1677

1678 Sport begeistert Millionen von Menschen und ist integraler Bestandteil unserer aktiven
1679 Bürgergesellschaft. Er verbindet, vermittelt Werte und integriert. Zur weiteren
1680 Umsetzung des Staatszieles Sport werden wir den Sport deswegen auch weiterhin in
1681 all seinen Facetten und auf hohem Niveau fördern. In diesem Zusammenhang wollen
1682 wir darüber hinaus die kommunale Sportentwicklungsplanung unterstützen.

1683

1684 **Sportförderung auf hohem Niveau fortsetzen**

1685

1686 Der hauptsächlich von ehrenamtlichen Strukturen getragene Sport ist nicht nur ein
1687 entscheidender Faktor für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bürgerinnen und
1688 Bürger. Er dient auch in herausragender Weise dem gesellschaftlichen Zusammenhalt
1689 und der Integration. Aufgrund seiner Bedeutung wollen wir ihn weiter auf hohem
1690 Niveau finanziell fördern. Hierzu werden wir bereits vorhandene Programme stärken
1691 und ausbauen. Die Förderung des Breiten-, Behinderten- und Leistungssports wird auf
1692 dem bisherigen hohen Niveau fortgeführt.

1693

1694 Wir wollen darüber hinaus konkrete Hilfestellung für Vereine leisten, indem wir
1695 vorhandene Beratungsangebote ausweiten und die Antragsverfahren bei Förderungen
1696 vereinfachen.

1697

1698 **Sportstätten, Integration und Inklusion**

1699

1700 Unerlässliche Voraussetzung für modernen Sport sind Sportstätten auf der Höhe der
1701 Zeit. Deshalb werden wir die Investitionsprogramme des Landes fortführen. Dabei
1702 wollen wir insbesondere die Förderung sowohl des vereinseigenen als auch des
1703 kommunalen Sportstättenbaus erhöhen, um das bürgerschaftliche Engagement in
1704 noch höherem Maße zu unterstützen. Hier wollen wir die bisherige Förderung auf noch
1705 mehr Vereine und Kommunen, insbesondere für Schulsportstätten, ausweiten.

1706

1707 Wir werden das Programm „Sport und Flüchtlinge“ fortsetzen. Mit ihm hat Hessen ein
1708 herausragendes Angebot geschaffen, um die integrative Kraft des Sports optimal zu
1709 nutzen. Das Netzwerk der kommunalen Sport-Coaches ist ein hervorragendes Format,
1710 um Vereine bei der wichtigen Aufgabe der Integration durch und im Sport zu
1711 unterstützen. Neben der Fortführung des Engagements im Bereich Integration und
1712 Sport wollen wir auch unsere Anstrengungen im Bereich der Inklusion und des
1713 Behindertensports intensivieren.

1714

1715 **Mehr Bewegung in unseren Schulen**

1716

1717 Den Schulsport- und Schulschwimmunterricht, den Betriebssport und auch sportliche
1718 Aktivitäten für Senioren sehen wir als wichtige gesellschaftspolitische Einrichtungen,
1719 die wir stärken und miteinander vernetzen wollen. Wir werden die Jugendarbeit im
1720 Bereich des Schulsports intensivieren.

1721 Wir wollen einen Ausbau der Kooperationen von Schulen und Vereinen, auch im
1722 Bereich „Pakt für den Ganztag“, und treten für eine Ausweitung des Modellprogramms
1723 „Tägliche Sportstunde“ auf weitere Schulen sowie eine landesweite Durchführung des
1724 Bewegungschecks an hessischen Schulen zur Bekämpfung des Bewegungsmangels
1725 und zur Suche nach Talenten ein.

1726

2928 **Für eine gute Sicherheit an Gerichten und bei den Staatsanwaltschaften**

2929

2930 Wir wollen die Sicherheitsinfrastruktur an Gerichten und Staatsanwaltschaften weiter
2931 verbessern. Wir werden prüfen, ob wir die Zuständigkeit für Baumaßnahmen der Justiz
2932 und die Verwaltung der von der Justiz genutzten Liegenschaften aufgrund der
2933 besonderen Sicherheits- und Verfahrensanforderungen vom Landesbetrieb Bau und
2934 Immobilien in Hessen an die Justiz übertragen.

2935

2936 **Für einen wertebundenen und toleranten Rechtsstaat**

2937

2938 Die Grundwerte unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats sind
2939 unveräußerlich. Illegale Paralleljustiz, die unsere freiheitlich-demokratische
2940 Grundordnung in Frage stellt, tolerieren wir nicht. Weder Kinder- noch Mehrfachehen
2941 werden wir in Hessen akzeptieren.

2942

2943 Wir stehen zu der am 19. Oktober 2018 vom Bundesrat beschlossenen Initiative
2944 (Drucksache-Nr. 408/18) zur Gesichtsverhüllung der verfahrensbeteiligten Personen
2945 im Gericht.

2946

2947 Das in der zurückliegenden Legislaturperiode etablierte Programm „Fit für den
2948 Rechtsstaat – Fit für Hessen!“, in dem Justizangehörige in Rechtsstaatsklassen
2949 ehrenamtlich Flüchtlingen die Grundprinzipien unserer freiheitlich-demokratischen
2950 Werteordnung und die unsere Gesellschaft grundlegend prägenden Werte vermitteln,
2951 ist ein Erfolgsprojekt. Die Rechtsstaatsklassen leisten einen wertvollen Beitrag zur
2952 Integration, denn die Akzeptanz unserer Rechts- und Werteordnung ist die
2953 fundamentale Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Wir wollen die
2954 Rechtsstaatsklassen auch an Schulen in Intensivklassen ermöglichen und wollen
2955 Kooperationen mit den Handwerkskammern und weiteren Partnern etablieren.

2956

2957 **Für eine umfangreiche Opferschutz- und Präventionspolitik**

2958

2959 Opfer einer Straftat zu werden, bedeutet bei vielen Delikten eine traumatische
2960 Erfahrung, die das Opfer bis über den Abschluss des Gerichtsverfahrens nicht loslässt
2961 und beschäftigt. Für uns gilt deshalb weiterhin der Grundsatz Opferschutz vor
2962 Täterschutz. Wir haben bereits in der zurückliegenden Legislaturperiode einen Fokus
2963 auf die Opferhilfe gelegt. Die Opferhilfevereine, die eine vorbildliche Arbeit leisten,
2964 haben wir zu einem flächendeckenden Netz ausgebaut und finanziell gestärkt. Diese
2965 Beratungsangebote wollen wir weiter ausbauen und auch im Strafverfahren einen
2966 noch besseren Zeugen- und Opferschutz erreichen. Noch stärker als bisher wollen wir
2967 dafür Sorge tragen, dass die Opfer von Gewalt, insbesondere die Opfer von
2968 Sexualdelikten, Hassgewalt und häuslicher Gewalt, unsere Solidarität erfahren und
2969 schnell unbürokratisch Hilfe erhalten. Wir tolerieren keine Gewalt gegen Kinder. Um
2970 Menschen noch besser zu unterstützen, die Zeuge oder Opfer von Terroranschlägen
2971 werden, wollen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Opferschutzes speziell auf
2972 den Umgang mit solchen Ausnahmesituationen vorbereiten. Den Täter-Opfer-
2973 Ausgleich wollen wir weiter stärken und seine Anwendung auch im Rahmen des
2974 Strafvollzugs prüfen. Den Zeugenschutz wollen wir durch Begleitmöglichkeiten im
2975 Gericht und auch durch räumliche Trennung von mutmaßlichen Opfern und
2976 Beschuldigten weiterentwickeln. Die Anhörung per Videoaufnahme kann im
2977 Strafverfahren eine Verbesserung für Opfer darstellen. Wir wollen die Beschäftigten

3445 und der Vertretung der Schülerschaft. Alle selbstständigen Schulen erhalten auch
3446 weiterhin eine garantierte Unterrichtsversorgung von 105%.

3447

3448 ***Bildungssprache Deutsch fördern***

3449

3450 Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundlage von Bildung in fast allen
3451 Schulfächern und darüber hinaus von entscheidender Bedeutung für ein Leben in
3452 unserem Land und die Integration in unsere Gesellschaft. Deshalb ist es uns wichtig,
3453 dass die deutsche Sprache im gesamten schulischen Umfeld gepflegt wird. Dies gilt
3454 sowohl für den Unterricht als auch für das außerunterrichtliche Miteinander.
3455 Entsprechende Vereinbarungen zwischen Schulen, Vertretung der Schülerschaft und
3456 Eltern sollen dies bekräftigen.

3457

3458 Lesen und Schreiben sind Schlüsselqualifikationen für die Teilhabe an der heutigen –
3459 mehr denn je auf Kommunikation – ausgerichteten Gesellschaft. Für uns ist es deshalb
3460 von großer Wichtigkeit, dass die Grundschülerinnen und -schüler in allen Fächern bei
3461 der Entwicklung ihrer Rechtschreibkompetenz begleitet werden. Sie sollen von Beginn
3462 an zum korrekten Schreiben angeleitet werden. Deshalb sprechen wir uns gegen die
3463 Unterrichtsmethode „Lesen durch Schreiben“ (Schreiben nach Gehör) aus. Die
3464 dauerhafte Implementierung des eingeführten Grundwortschatzes soll darüber hinaus
3465 zur Förderung von Deutsch als Bildungssprache beitragen. Besonderen Wert legen
3466 wir auf das Schreiben mit der Hand und das Entwickeln einer gut lesbaren Handschrift.
3467 Im Rahmen eines stringenten Förderkonzeptes, das in der Grundschule beginnt,
3468 werden wir die Bildungssprache Deutsch stärken. Dafür werden wir die Stundentafel
3469 für die Grundschule um eine Stunde Deutsch erweitern und eine Ausweitung der
3470 Stundentafel in den Jahrgangsstufen 5 und 6 ebenso prüfen wie die Einführung von
3471 spezifischen Förderkursen mit verpflichtendem Charakter.

3472

3473 **Schülerinnen und Schüler aus Intensivklassen sollen auch weiterhin nur mit**
3474 **ausreichenden Deutschkenntnissen in den Regelunterricht übernommen werden.**
3475 **Einen Automatismus nach zwei Jahren lehnen wir ab. Bestehende Konzepte zur**
3476 **Sprachförderung parallel zum Regelunterricht bleiben bestehen.**

3477

3478 **Zur Gewährleistung eines entsprechend qualifizierten Unterrichtes wollen wir**
3479 **besonderes Augenmerk auf die Weiterqualifizierung von Lehrkräften im Bereich**
3480 **Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache legen.**

3481

3482 **Die Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache (Intensivklassen und -kurse, an den**
3483 **beruflichen Schulen „InteA“) sollen im Zuge des Deutschförderkonzeptes aus einem**
3484 **Guss weiter verbessert und systematisiert werden. Besonderes Augenmerk soll dabei**
3485 **auf Angeboten zur Alphabetisierung von Geflüchteten, der Einbeziehung aller**
3486 **Schulformen, der zusätzlichen Deutschförderung in der Oberstufe und**
3487 **ausbildungsbegleitenden Angeboten an den beruflichen Schulen liegen.**

3488

3489 **Die Sprachintensivförderung im Rahmen der Intensivklassen an beruflichen Schulen**
3490 **(InteA) hat sich bewährt. Allerdings erreichen nicht alle Jugendlichen nach Durchlaufen**
3491 **von InteA bereits die notwendigen Sprachkenntnisse bzw. Voraussetzungen für den**
3492 **Übergang in eine Berufsausbildung. Daher werden wir die Maßnahmen im Anschluss**
3493 **an InteA, insbesondere die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB), weiter**
3494 **stärken.**

3953 Dabei legen wir im Sinne der Standortsicherung großen Wert darauf, diese Klassen
3954 vorwiegend im ländlichen Raum an den Kreisberufsschulen zu bilden. Auch ist eine
3955 Verlagerung bereits bestehender Landes- und Bezirksfachklassen in den ländlichen
3956 Raum wünschenswert. Wir werden uns zudem innerhalb der Kultusministerkonferenz
3957 (KMK) für die Umsetzung von Modellen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit
3958 einsetzen. Darüber hinaus können wir uns vorstellen, in Ausbildungsberufen mit nur
3959 wenigen Auszubildenden den Berufsschulunterricht auch örtlich in einen allgemeinen
3960 und einen berufsbezogenen, speziellen Teil aufzuteilen, um so möglichst viele
3961 Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort zu erhalten. Gemeinsam mit den Kammern und den
3962 Berufsfachverbänden wollen wir ein hessisches Standortkonzept für berufliche
3963 Schulen entwickeln.

3964
3965 Unsere Ziele für den Übergang von der Schule in den Beruf sind klar: Wir wollen jedem
3966 jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen und unproduktive
3967 Warteschleifen vermeiden.

3968

3969 Den in Hessen im Schuljahr 2017/18 eingeführten Schulversuch der „Berufsfachschule
3970 zum Übergang in Ausbildung“ (BÜA) wollen wir als Erfolgsmodell ausbauen und
3971 weiterentwickeln. Wir sind außerdem offen für die Einrichtung weiterer
3972 Produktionsschulen in Zusammenarbeit mit Kommunen und dem Hessischen
3973 Ministerium für Soziales und Integration. Insbesondere für Flüchtlinge, die als
3974 Seiteneinsteiger in das deutsche Bildungssystem gekommen sind, wollen wir durch
3975 spezifische Angebote der beruflichen Schulen und der Schulen für Erwachsene
3976 sicherstellen, dass sie trotz ihrer höchst unterschiedlichen Bildungsbiografien einen
3977 Schulabschluss erwerben können.

3978

3979 Im Interesse unserer Schüler wollen wir die Übergangsprozesse in eine weiterführende
3980 bzw. berufliche Schule nach der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 optimieren und
3981 standardisieren. Wir werden das Programm „JOBLINGE“ fortsetzen. Gemeinsam mit
3982 Industrie, Handwerk und den Hochschulen werden wir uns für die Schaffung weiterer
3983 dualer Studiengänge in Hessen einsetzen.

3984

3985 Die Fachhochschulreife eröffnet heute den Zugang zu allen gestuften Studiengängen
3986 sowohl an Hochschulen für angewandte Wissenschaften als auch an Universitäten.
3987 Um den Studienerfolg der Absolventinnen und Absolventen zu steigern, wollen wir den
3988 Ausbildungsgang der Fachoberschule (FOS) weiterentwickeln und dabei
3989 insbesondere den für einen erfolgreichen Studienstart nötigen Kompetenzerwerb
3990 durch eine Erweiterung der Stundentafel in Mathematik, Deutsch und Englisch
3991 ergänzen.

3992

3993 Im Rahmen der Digitalisierung unserer Schullandschaft werden wir an unseren
3994 beruflichen Schulen ein besonderes Augenmerk auf die Herausforderungen dieser
3995 Schulform legen.

3996

3997 Wir wollen den Beruf des Erziehers attraktiver machen, um die erforderlichen
3998 Fachkräfte zu gewinnen. Dazu werden wir die Attraktivität der Ausbildung steigern,
3999 Modelle einer dualen Ausbildung ausbauen sowie die Möglichkeiten eines dualen
4000 Studiums stärker einbeziehen. Dazu gehört für uns auch eine angemessene
4001 Ausbildungsvergütung. Auch werden wir in die Aus- und Weiterbildung von
4002 Erzieherinnen- und Erziehern investieren, um die Voraussetzungen für eine weitere
4003 Steigerung der Qualität zu schaffen. In der Ausbildung von Erzieherinnen und

5147 IV. Humanität und Ordnung gewährleisten

5148

5149 ***Migrationspolitik: Humanität und Ordnung***

5150

5151 Hessen ist ein weltoffenes Land mit Traditionen und einer großen Vielfalt an lebendiger
5152 Kultur. Für alle Menschen, die dauerhaft rechtmäßig bei uns bleiben, kann Hessen
5153 eine neue Heimat werden. Gelungene Integration ist in Hessen seit Jahrzehnten die
5154 Regel. Den Zuzug von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen sehen wir im
5155 Lichte von Humanität und Ordnung.

5156

5157 ***Flucht***

5158

5159 Wir werden auch in Zukunft unseren humanitären und rechtlichen Verpflichtungen bei
5160 der Aufnahme von Menschen in Not gerecht werden. Im europäischen Kontext werden
5161 wir weiter an der innereuropäischen Zusammenarbeit in Flüchtlingsfragen arbeiten und
5162 uns auch an Maßnahmen in Drittstaaten beteiligen. An den Einsätzen zum Schutz der
5163 europäischen Außengrenzen werden wir uns im Interesse unserer Verantwortung
5164 weiterhin mit hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten engagieren.

5165

5166 Eine nachhaltige Flüchtlingspolitik erfordert einen globalen Ansatz. Deshalb müssen
5167 in erster Linie die strukturellen Faktoren beseitigt werden, die Menschen daran
5168 hindern, sich in ihren Heimatländern eine sichere Existenz frei von Verfolgung
5169 aufzubauen. Wir unterstützen daher alle Bemühungen, um die fragile Lage in vielen
5170 Herkunftsländern zu stabilisieren und die im Klimavertrag von Paris vereinbarten
5171 Klimaziele zu erreichen. Denn die Fluchtbewegungen hängen auch mit dem energie-
5172 und ressourcenintensiven Lebensstil in den Industrieländern zusammen, der den
5173 Klimawandel in den Herkunftsländern befördert.

5174

5175 ***Asyl***

5176

5177 Die Aufnahme von Asylbewerbern ist in Hessen geprägt von den Menschenrechten
5178 und der gelebten Humanität. Die humanitäre Behandlung schließt die Rücksichtnahme
5179 auf die Bedürfnisse besonders schutzbedürftiger Personen ein. Hessen hat mit der
5180 Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen dafür sehr gute, bundesweit vorbildliche und
5181 professionelle Strukturen geschaffen, in welchen die medizinische Untersuchung,
5182 Registrierung und Identitätsfeststellung unmittelbar nach Ankunft durchgeführt
5183 werden. Sie steht beispielgebend für die zielführende Vernetzung aller am Asylprozess
5184 beteiligten Behörden, damit die Verfahren kürzest möglich in Zusammenarbeit mit dem
5185 BAMF entschieden werden können. Menschen, die bei uns Schutz und Asyl
5186 beantragen, sollen frühestmöglich eine Gewissheit über ihre Bleibeperspektive
5187 erhalten. Beschleunigt werden müssen sowohl die Verfahren vor dem Bundesamt für
5188 Migration und Flüchtlinge als auch die sich daran anschließenden Gerichtsverfahren.
5189 Die Beschleunigung darf dabei nicht zu einer Verschlechterung der Qualität der
5190 behördlichen oder gerichtlichen Entscheidungen und auch nicht zur Absenkung
5191 rechtsstaatlicher Standards führen. Wir werden deshalb auf eine ausreichende
5192 Personalausstattung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hinwirken und die
5193 personelle Situation in den hessischen Verwaltungsgerichten weiter verbessern.

5194

5195 Bereits jetzt führen in Hessen diverse zivilgesellschaftliche Träger unabhängige
5196 Rechtsberatungen durch. Wir werden deshalb darauf aufbauend eine mit
5197 Landesmitteln unterstützte Rechtsberatung für Asylsuchende in der

5198 Erstaufnahmeeinrichtung etablieren. Die Rechtsberatung soll von einem
5199 unabhängigen anerkannten Träger angeboten werden. Eine gute, unabhängige
5200 Rechtsberatung soll effizienten Rechtsschutz ermöglichen, wo er nötig ist, und
5201 Gerichtsprozesse vermeiden, wo sie aussichtslos sind. Sie trägt damit zur Klarheit und
5202 Ordnung der Asylverfahren bei und schützt vor falscher Beratung. Auch werden wir
5203 uns an der von den Kirchen finanzierten Abschiebebeobachtungsstelle am Frankfurter
5204 Flughafen beteiligen.

5205
5206 Wir wollen, dass alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen in den
5207 Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes spätestens ab dem 3. Monat ihres Aufenthalts
5208 in der Einrichtung eine Schule besuchen können.

5209
5210 Wir werden auf Bundesebene weiter dafür arbeiten, damit das
5211 Ausländerzentralregister ertüchtigt wird und als zentrale Stelle für die Erfassung von
5212 Daten aller relevanten Behörden dient.

5213 5214 **Integration von Flüchtlingen**

5215
5216 Flüchtlinge und Asylsuchende kommen aus Notsituationen mit der Hoffnung auf ein
5217 sicheres Leben zu uns. Sie haben oft aber nur unzureichende Kenntnisse von den
5218 politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in unserem Land. Die Einhaltung der
5219 freiheitlichen demokratischen Grundwerte unserer Verfassung und unserer Gesetze
5220 sind jedoch unabdingbare Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander und am
5221 Ende für eine gelungene Integration. Wir wollen deshalb diesen Personen die
5222 Prinzipien und Regeln unserer Demokratie näherbringen und sie dabei unterstützen,
5223 dass sie sich in unserer Gesellschaft, die auf den Grundprinzipien der gegenseitigen
5224 Achtung und des Respekts vor der Freiheit des jeweils anderen beruht, gut
5225 zurechtfinden. Entsprechende Bildungsangebote, wie Integrationskurse oder
5226 Rechtsstaatsklassen, wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln. Allen
5227 Schutzsuchenden sollen Informationen zu Grundwerten in Deutschland und zur
5228 Extremismusprävention vermittelt werden. Ziel der hessischen Integrationspolitik bleibt
5229 es, zugewanderten Menschen gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen, damit
5230 sie ihren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten können.

5231
5232 Integration ist keine Einbahnstraße. Wir brauchen die Integrationsleistungen sowohl
5233 der Zugewanderten als auch der Menschen, die seit Generationen hier leben. Von
5234 denjenigen Menschen, die zu uns kommen, erwarten wir die klare Bemühung um
5235 Integration von den Menschen, die seit Generationen hier leben, die respektvolle
5236 Aufnahme der Flüchtlinge. Mit den beiden „Aktionsplänen zur Integration von
5237 Flüchtlingen und zur Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ haben wir
5238 bundesweit beispielhafte Maßnahmen auf den Weg gebracht. Diese Ansätze setzen
5239 wir fort, führen die im bereits vorgelegten Integrationsplan zusammen und entwickeln
5240 sie fort.

5241
5242 Wir haben uns auf Bundesebene erfolgreich für die sogenannte 3+2-Regelung
5243 eingesetzt. Diese gibt Flüchtlingen eine Perspektive, wenn sie eine Ausbildung
5244 beginnen und anschließend in dem erlernten Beruf arbeiten. Im Sinne der Klarheit für
5245 Arbeitgeber und Auszubildende unterstreichen wir gegenüber den kommunalen
5246 Ausländerbehörden, dass die 3+2-Regelung bindend ist und einen Aufenthalt für
5247 Flüchtlinge ermöglicht.

5248 Die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen ist und bleibt auf
5249 absehbare Zeit eine große Herausforderung in den Kreisen, Städten und Gemeinden.
5250 Dort wurde in den vergangenen Jahren unter großen Anstrengungen Großartiges für
5251 das Gelingen der Integration geleistet. Das Land versteht sich als ein Partner seiner
5252 Kreise, Städte und Gemeinden. Die Hessische Landesregierung und die Kommunalen
5253 Spitzenverbände haben sich deshalb auf eine Anpassung der Pauschalen, die die
5254 Kommunen vom Land für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen erhalten,
5255 geeinigt.

5256
5257 Die ehrenamtlich Tätigen in den verschiedenen Flüchtlingshilfe-Initiativen wollen wir
5258 dabei weiter in ihrer Arbeit unterstützen.

5259 ***Erstaufnahme und Verteilung von geflüchteten Menschen auf die Kommunen***

5260
5261
5262 Mit der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen haben wir das Ankommen von Flüchtlingen
5263 und die Bearbeitung ihrer Verfahren bundesweit vorbildlich organisiert. Aufbauend auf
5264 dieser guten Arbeit wollen wir auch in Bezug auf die Verteilung der geflüchteten
5265 Menschen auf die Kommunen neue, beispielhafte Wege gehen. Unser Ziel ist, dass
5266 die Dauer des Verbleibs in der Erstaufnahmeeinrichtung nicht mehr vom Herkunftsland
5267 oder der Bleibeperspektive der Flüchtlinge abhängig ist, sondern eine möglichst
5268 schnelle Verteilung auf die Kommunen gewährleistet ist. Gleichzeitig sollen
5269 Flüchtlinge, bei denen durch ihr individuelles Verhalten (Nichteinhalten von Gesetzen,
5270 Begehen von Straftaten, Einträge im Polizeiauskunftssystem) erhebliche Zweifel an
5271 ihrer Integrationswilligkeit bestehen, in einer Landeseinrichtung verbleiben oder erneut
5272 dort untergebracht werden. Wir werden prüfen, ob die bereits auf die Kommunen
5273 zugewiesenen Flüchtlinge mit entsprechendem Verhalten wieder in der Erstaufnahme-
5274 oder einer zentralen Landeseinrichtung (§53 AsylG) untergebracht werden können. Mit
5275 diesem Modell folgen wir der Überlegung, dass es vor allem die wenigen durch ihr
5276 Verhalten negativ auffallenden Flüchtlinge sind, die die Wahrnehmung prägen und
5277 somit auch die Mehrheit der sich an die Regeln haltenden Flüchtlinge in Misskredit
5278 bringen.

5279
5280 Wir wollen die Einreise des Familiennachzugs zentral organisieren. Wie bei einem
5281 Geflüchteten auch werden bei den eingereisten Familienangehörigen eindeutige
5282 Identitätsfeststellung sowie die Gesundheitsüberprüfung durchgeführt, bevor sie den
5283 Kommunen zugewiesen werden, in denen die Menschen leben, die den Antrag auf
5284 Familiennachzug gestellt haben. Wir setzen uns im Rahmen des Familiennachzugs
5285 dafür ein, dass Familien nicht getrennt werden.

5286 5287 ***Migration***

5288
5289 Die Steuerung und Begrenzung von Migration nach Deutschland findet in dem
5290 bevorstehenden Fachkräftezuwanderungsgesetz ebenso ihren Ausdruck, wie durch
5291 die Tatsache, dass Menschen unser Land nach Abschluss ihres rechtsstaatlichen
5292 Verfahrens verlassen müssen, wenn sie vollziehbar ausreisepflichtig sind. Gleichzeitig
5293 ist es wenig sinnvoll, Menschen wegzuschicken, deren Arbeitskraft oder Expertise
5294 dringend gebraucht wird, die etwas leisten und für sich selbst sorgen können. Deshalb
5295 setzen wir uns für eine entsprechende Altfallregelung ein.

5296
5297
5298

5299 **Rückkehr**

5300

5301 Wenn nach Abschluss eines rechtsstaatlichen Verfahrens feststeht, dass ein
5302 Bleiberecht nicht besteht, sind die Betroffenen verpflichtet, auszureisen. Personen, die
5303 freiwillig ausreisen, hilft die Rückkehrberatung des Landes Hessen, die eine freiwillige
5304 Ausreise unterstützt und den Ausreisewilligen auch finanzielle Zuwendungen
5305 zuteilwerden lässt. **In der Erstaufnahmeeinrichtung in Hessen findet die
5306 Rückkehrberatung nicht vor der Stellung des Asylantrages statt.**

5307 Gegenüber Menschen, die kein Bleiberecht haben, finden die rechtsstaatlichen
5308 Instrumente Anwendung. Das gilt insbesondere für Menschen, die den Zusammenhalt
5309 gefährden, die Straftaten begehen und sich nicht an die bestehenden Gesetze halten.
5310 Abschiebungen sollen so zügig und human wie möglich durchgeführt werden. **Wir
5311 werden weiterhin alles unternehmen, um Abschiebungen aus Bildungs- und
5312 Betreuungseinrichtungen sowie Krankenhäusern heraus zu vermeiden. Allen
5313 abzuschiebenden Personen müssen die ihnen zustehenden Rechte, wie der Kontakt
5314 zum Rechtsbeistand oder zu einer Vertrauensperson, gewährt werden. Familien mit
5315 Minderjährigen sollen grundsätzlich bei der Rückführung nicht voneinander getrennt
5316 werden.**

5317

5318 **In Ausnahmefällen werden wir für abgelehnte Asylbewerber ohne Bleiberecht auf
5319 Basis des geltenden Bundesrechts von der Möglichkeit des Abschiebegewahrsams
5320 Gebrauch machen, wenn dies für die Rückführung auch unter humanitären
5321 Gesichtspunkten vertretbar ist. Die Zeit der Ingewahrsamnahme ist auf ein Minimum
5322 zu reduzieren. Hierfür werden wir im Transitbereich des Frankfurter Flughafens
5323 entsprechende Möglichkeiten vorhalten.**

5324

5325 **Wir werden Plätze der hessischen Abschiebungshafteinrichtung in Darmstadt
5326 bedarfsgerecht vorhalten. So haben wir auch Einfluss auf die
5327 Unterbringungsbedingungen und Ausgestaltung der Abschiebehafte, beispielsweise in
5328 Bezug auf die psychologische Betreuung.**

5329

5330 **Sollte die Bundesregierung Abschiebungen nach Afghanistan weiterhin für möglich
5331 halten, werden wir weiterhin vorrangig Straftäterinnen und Straftäter und
5332 Gefährderinnen und Gefährder dorthin abschieben. Wir werden darauf hinwirken, dass
5333 diejenigen, die nicht unter den Vorrang fallen, längerfristige Duldungen erhalten, zumal
5334 die tatsächlichen Rückführungsmöglichkeiten noch nicht gegeben sind.**

5335

5336 **Sichere Herkunftsstaaten**

5337

5338 **Bei der Frage der Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten im Sinne des
5339 Artikel 16a Grundgesetz haben die Koalitionspartner unterschiedliche Auffassungen.**

5340

5341 **Mehrfachbezug von Leistungen**

5342

5343 **Einen möglichen Mehrfachbezug von Leistungen aufgrund verschiedener Identitäten
5344 werden wir verhindern, indem wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass
5345 anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte als Antragsteller für SGB II-Leistungen
5346 verpflichtet sind, bei Zweifeln an der Identität die Abnahme des Fingerabdrucks zu
5347 dulden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass in den Jobcentern die
5348 technischen Möglichkeiten zur Überprüfung der Identität des jeweiligen Antragstellers
5349 geschaffen werden.**

6021 Maker-Spaces (offene Werkstätte) in den ländlichen Räumen unter Einbeziehung der
6022 Regionalmanagementgesellschaften Nord- und Mittelhessen weiter stärken.

6023

6024 Eine wachsende Zahl von Unternehmen leistet als „Social Entrepreneurship“ einen
6025 wichtigen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher oder ökologischer Probleme. Dieses
6026 Sozialunternehmertum benötigt eine Gründungsberatung und spezifische
6027 Förderinstrumente, die wir entwickeln und ausbauen wollen.

6028 Unser Ziel ist, Frauen stärker zur Gründung von Unternehmen zu motivieren und so
6029 bislang nicht genutzte Potentiale für die hessische Wirtschaft zu aktivieren. Dazu
6030 werden wir die Gründungsförderung auf Geschlechtergerechtigkeit überprüfen und,
6031 wenn notwendig, entsprechend nachsteuern. Wir wollen die innovativsten und
6032 zukunftsfähigsten Gründungen unterstützen.

6033

6034 **Berufliche Bildung**

6035

6036 Die duale Ausbildung ist wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Bildungs- und
6037 Wirtschaftspolitik. Die jungen Auszubildenden von heute sind die gefragten Fachkräfte
6038 von morgen.

6039

6040 Das Land verfügt über eine Vielzahl auf spezifische Ausbildungs- und
6041 Lebenssituationen zugeschnittener Instrumente, um Menschen und Betriebe bei der
6042 Ausbildungsplatzsuche oder der Ausbildung selbst zu unterstützen. Diese
6043 Berufsbildungsinstrumente werden wir evaluieren und dort, wo es erforderlich ist, neu
6044 ausrichten. Auch unsere Anstrengungen, benachteiligte Jugendliche erfolgreich in den
6045 Arbeitsmarkt zu integrieren, werden wir fortsetzen und auch hier das Potenzial der
6046 Digitalisierung wie beispielsweise digitale Lernmethoden nutzen.

6047

6048 Das Ausbildungsprogramm „Wirtschaft integriert“ einschließlich der Sprach- und
6049 Unterstützungsangebote wollen wir ebenso die „InteA-Klassen“ in enger
6050 Zusammenarbeit mit den Partnern fortsetzen, um die sprachliche, betriebliche und
6051 berufsschulische Ausbildung von Flüchtlingen zur besseren Integration in Gesellschaft
6052 und Arbeit auszubauen. Wichtig für den erfolgreichen Ausbildungsabschluss ist es, die
6053 Betriebe nicht mit der Ausbildung dieser Jugendlichen allein zu lassen. Hier bedarf es
6054 einer engen Verzahnung mit unseren Programmen der „Qualifizierten
6055 Ausbildungsbegleitung“ und „Gut Ausbilden“ genauso wie mit der
6056 Ausbildungsbegleitung im Rahmen von „Wirtschaft integriert“. Zusätzlich werden wir
6057 nach dem Modell der Verbundausbildung die Schaffung von Ausbildungsverbänden
6058 zur Ausbildung und Integration von Jugendlichen mit spezifischen
6059 Vermittlungshemmnissen (z.B. Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss oder
6060 unzureichenden Deutschkenntnissen) prüfen, um so in diesen Fällen Betriebe durch
6061 die Übernahme des ersten Ausbildungsjahres entlasten zu können.

6062

6063 Auch den Menschen, die berufstätig sind, aber keinen formalen Berufsabschluss
6064 erworben haben, wollen wir einen realisierbaren Weg bieten, diesen berufsbegleitend
6065 nachzuholen. Eine abgeschlossene Berufsbildung ist auch in diesen Fällen der beste
6066 Schutz vor Arbeitslosigkeit und sichert die soziale Teilhabe. Vor diesem Hintergrund
6067 wollen wir dafür sorgen, dass entsprechende Programme eine höhere Bekanntheit
6068 erlangen und verstärkt in Anspruch genommen werden.

6069

6070 Die Partner im „Bündnis Ausbildung“ sind sich ihrer gesellschaftlichen und
6071 wirtschaftlichen Verantwortung für die Fachkräftesicherung in unserem Land bewusst

6296 Einen besonderen Schwerpunkt legen wir dabei auf die Gewinnung von Erzieherinnen
6297 und Erziehern und Pflegefachkräften. Alle Bereiche der Gesundheitsberufe sind vom
6298 Fachkräftemangel betroffen. Um hier für Nachwuchs zu sorgen, werden wir Anreize
6299 für die Ausbildung schaffen. Wir setzen uns insbesondere in allen gesundheitlichen
6300 Ausbildungsberufen für eine Kostenfreiheit der Ausbildung verknüpft mit einer
6301 Ausbildungsvergütung ein. Wir werden neue Modelle der Ausbildung, bspw. die duale
6302 Ausbildung oder die Teilzeitausbildung berücksichtigen.

6303
6304 Die sprachliche, betriebliche und berufsschulische Ausbildung von Flüchtlingen wollen
6305 wir weiter unterstützen. Dazu werden wir die „InteA-Klassen“ fortsetzen und das
6306 Programm „Wirtschaft integriert“ weiter ausbauen.

6307 Wir wollen dafür sorgen, dass ausländische Abschlüsse schneller anerkannt werden.

6308

6309 Auch Menschen, die die üblichen Altersgrenzen für die Ausbildung überschritten
6310 haben oder aus gesundheitlichen Gründen ihren Beruf nicht mehr ausüben können,
6311 sollen beim Erwerb eines Berufsabschlusses gefördert werden. Durch eine
6312 gemeinsame Strategie mit den Sozialpartnerinnen und Sozialpartnern und den
6313 Kammern wollen wir dafür sorgen, dass bestehende Bundesprogramme stärker in
6314 Anspruch genommen werden.

6315

6316 ***Arbeit flexibilisieren und mehr Zeit für Familie***

6317

6318 Wir wollen, dass Hessinnen und Hessen Familie und Beruf miteinander verbinden
6319 können. Wir wollen Familien deshalb mehr Zeitsouveränität durch beispielsweise den
6320 Ausbau von Telearbeit und Homeoffice, flexiblere Arbeitszeitmodelle oder die Nutzung
6321 von Co-Working-Spaces insbesondere im ländlichen Raum ermöglichen.

6322 Wir wollen eine höhere Wertschätzung und Anerkennung der Familienarbeit. Wir
6323 unterstützen daher die flexible Einteilung ihrer Arbeitszeit für beide Eltern und die
6324 stärkere Nutzung von Lebensarbeitszeitkonten. Teilzeitarbeit braucht eine höhere
6325 gesellschaftliche Anerkennung. Wir setzen uns daher für eine gute soziale
6326 Absicherung und eine Ausweitung von Führen in Teilzeit ein.

6327

6328 Wir werden die Sozialpartnerinnen und Sozialpartner dabei unterstützen, der
6329 sinkenden Zahl der Flächentarifverträge entgegenzuwirken, um sie als wichtiges
6330 Instrument der sozialen Marktwirtschaft wieder zu steigern.

6331

6332

III. Verbraucherinnen und Verbraucher schützen

Verbraucherschutz und Lebensmittelqualität sichern

Die Verbraucherberatung werden wir im bewährten Zusammenspiel von Verbraucherzentrale und dem DHB Netzwerk Haushalt fortsetzen und finanziell besser ausstatten.

Zusätzlich wollen wir uns auf Bundesebene weiterhin aktiv für besseren Verbraucherschutz einsetzen. Dies betrifft z.B. die Verbesserung der Produkthaftung, die Einführung eines Widerrufsrechts bei in Ladengeschäften geschlossenen Verträgen oder die Einführung einer Hinweispflicht auf die nächste Kündigungsmöglichkeit von Verträgen. Außerdem wollen wir gegen die Kostenfalle bei Handytelefonaten ins EU-Ausland vorgehen.

Wir wollen eine Strategie zur Vermeidung von „Stromsperrern“ auf den Weg bringen, um dafür zu sorgen, dass Stromsperrern und deren Androhungen statistisch erfasst werden und eine Budget- und Rechtsberatung für betroffene Haushalte ermöglicht wird.

Das erfolgreiche Programm zur aufsuchenden Verbraucherberatung Geflüchteter wollen wir fortführen.

Wir werden uns besonders im digitalen Verbraucherschutz engagieren. Dazu gehört eine Produkthaftung, die auch auf Software erweitert wird, die Vollendung des europäischen digitalen Binnenmarktes sowie eine Regulierung des „Internets der Dinge“.

Das Angebot der Online-Schlichtungsstelle zur außergerichtlichen Streitbeilegung beim Einkauf im Internet wollen wir beibehalten und bei Bedarf ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher alle Verträge auf die gleiche Art beenden können, wie sie eingegangen wurden („smart contracts“).

Bewusst entscheiden können, was man isst

Wir werden eine Ernährungsstrategie für Hessen entwickeln, mit der wir Angebot und Nachfrage nach nachhaltig erzeugten und gesunden Lebensmitteln steigern und die Lebensmittelverschwendung reduzieren wollen. Wir unterstützen es, wenn Kantinen öffentlicher Einrichtungen vorrangig auf den Einsatz biologischer, saisonaler oder regional erzeugter Lebensmittel setzen. In den Kantinen der landeseigenen Einrichtungen wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und das Angebot dieser Lebensmittel deutlich steigern.

Ernährungsbildung legt den Grundstein für einen sorgsameren Umgang mit unseren wertvollen Lebensmitteln. Der Verband der Landfrauen ist uns dabei ein wichtiger Partner. Wir wollen u.a., dass Schul- und Kindergartenkinder wissen, wo unsere Grundnahrungsmittel wachsen und wie sie produziert werden. Deshalb wollen wir, dass jedes Grundschulkind einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb besucht.

Um den Wert von Nahrungsmitteln wieder stärker im Bewusstsein zu verankern, wollen wir schon bei Kindern Interesse daran wecken. Die Werkstatt Ernährung, den Bauernhof als Klassenzimmer und die Umweltschulen werden wir beibehalten und weiterhin unterstützen. Wir wollen Geld bereitstellen, damit jedes Schulkind einmal im Schulleben auf einem nachhaltig arbeitenden Schulbauernhof oder in einer ähnlichen Einrichtung Zeit verbringen kann.

Insbesondere in Schulen mit hohen sozialen Problemlagen wollen wir im Rahmen von Aktionswochen ein gesundes Frühstück fördern, um einen positiven Beitrag zur weiteren Ernährungsweise zu leisten. Die EU bezuschusst zudem eine gesunde